

75 Jahre Grundgesetz und 50 Jahre Berufsverbote: Ein Zwischenschritt auf dem Weg zur perfekten Demokratie?

Liebe Gäste und Interessierte der Veranstaltung „Demokratischer Ratschlag“

Zunächst einmal vielen Dank den vielen Helferinnen und Helfern – insbesondere Irmgard und Etta -, die die Ausstellung „Vergessene Geschichte – Berufsverbote – Politische Verfolgung in der BRD“ und die anschließende Podiumsdiskussion organisiert haben.

Heute stehen wir an einem besonderen Wendepunkt: 75 Jahre Grundgesetz und vor über 50 Jahren wurde der sogenannte Radikalenerlass von der damaligen SPD/FDP Koalition unter Willy Brandt verabschiedet. Zwei Ereignisse, die untrennbar miteinander verbunden sind und uns Anlass geben, sowohl auf Erreichtes zurückzublicken, als auch auf Herausforderungen und Zukunftsperspektiven zu schauen.

Das Grundgesetz: Fundament unserer Demokratie

Das Grundgesetz, am 23. Mai 1949 verabschiedet, markiert den Grundstein unserer Bundesrepublik. Es verbürgt uns Grundrechte und Freiheiten, die wir heute als selbstverständlich empfinden wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und freie Berufswahl. Es ist das Fundament unserer Demokratie, auf dem wir unsere Gesellschaft aufbauen.

Berufsverbote: Ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichte

75 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes müssen wir jedoch auch einen Blick auf die Schattenseiten dieser Erfolgsgeschichte werfen: Die Ära der Berufsverbote. Von den 1970er bis in die 1980er Jahre wurden tausende Menschen aus dem öffentlichen Dienst und anderen Berufsfeldern ausgeschlossen, weil sie verdächtigt wurden, extremistische oder kommunistische Ansichten zu vertreten.

Am 28.01.1972 wurde der sogenannte Radikalenerlass von der Konferenz der Ministerpräsidenten unter Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt verabschiedet. Im Kontext der 68er-Bewegung sollte dieser "Extremistenbeschluss" eine "kommunistische Unterwanderung" im öffentlichen Dienst verhindern. Die politische Gesinnung von über einer Million Angehörigen oder Bewerberinnen und Bewerber des öffentlichen Dienstes wurde mit geheimdienstlichen Mitteln überprüft. Es kam zu zahlreichen Entlassungen und Berufsverboten. Schon die Teilnahme an einer Demonstration oder das Anfertigen eines Flugblatts konnte ausreichen, um als Verfassungsfeind deklariert zu werden. Die Betroffenen sahen sich plötzlich mit existenziellen Problemen konfrontiert. Das Gesetz und seine Praxis führte nicht nur zu absurden und willkürlichen Urteilen, sondern war in seiner Konzeption zutiefst demokratiefeindlich. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellte 1995 in einem Einzelfall einen klaren Verstoß gegen die Versammlungs- und Meinungsfreiheit fest. Im Jahr 2022 fand der 50. Jahrestag der Berufsverbotepraxis statt. Der Radikalenerlass ist in einigen Bundesländern tatsächlich noch in Kraft, auch wenn die Anwendung mittlerweile eher eine Ausnahme ist. Jedoch hat eine gesellschaftliche und wissenschaftliche Aufarbeitung nicht stattgefunden.

Diese Praxis der Berufsverbote war ein Angriff auf die Grundpfeiler unserer Demokratie – die freie Meinungsäußerung und das Recht auf freie Berufswahl. Sie hat tiefe Spuren in den Lebensläufen der Betroffenen hinterlassen und zu einem Klima der Angst und des Misstrauens geführt.

Vergangenheitsbewältigung und Versöhnung

In den letzten Jahren hat die Aufarbeitung der Berufsverbote Fahrt aufgenommen. Aber bis heute fehlt eine gesamtgesellschaftliche und politische Aufarbeitung des Unrechts. Die Betroffenen fordern zurecht weiterhin ihre vollständige Rehabilitierung und finanzielle Entschädigung. Es ist wichtig, dass wir diese dunkle Seite unserer Geschichte nicht vergessen, sondern aus ihr lernen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), selbst vor seinem Schuldienst aufgrund des Erlasses überprüft, gestand im Januar 2022 ein, dass den Betroffenen Unrecht widerfahren sei und schloss eine Entschuldigung bei den Betroffenen nicht aus.

75 Jahre Grundgesetz: Ein Anlass zum Feiern und Nachdenken

75 Jahre Grundgesetz und 50 Jahre Berufsverbote – zwei Ereignisse, die uns zeigen, wie fragil unsere Demokratie ist und wie wichtig es ist, sie jeden Tag aufs Neue zu verteidigen.

Das Grundgesetz ist ein großes Geschenk, für das wir dankbar sein können. Aber es ist auch eine Verpflichtung. Wir müssen dafür sorgen, dass die in ihm verankerten Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch in Zukunft Bestand haben. In einer heutigen Welt, in der Autokraten, Fundamentalisten und Extremisten die Demokratie bedrohen oder sie als mindere Staatsform ablehnen, ist dies wichtiger denn je. In der Bildung, Politik und Gesellschaft ist der Satz von Oskar Negt: „Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss“ höchst aktuell. Die Bildung von Demokratiefähigkeit geht weit über die bloße Vermittlung von Wissen über Demokratie als Staatsform oder Politik hinaus. Sie lebt davon, dass mündige Bürgerinnen und Bürger einer vielfältigen Gesellschaft sich aktiv in politische Prozesse einbringen, an ihr mitwirken und sie auf diese Weise leben. Demokratie ist also nicht nur eine Staatsform, sondern auch eine Lebensform. Das heißt aber auch: Die Anstrengungen und finanziellen Mittel für politische Bildung müssen nicht gekürzt, sondern erhöht werden.

Zukunftsperspektiven: Auf dem Weg zu einer perfekten Demokratie?

Der Weg zu einer perfekten Demokratie ist ein langer und stetiger Prozess. Es gibt immer wieder neue Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Beispiel: Gleichberechtigung und Vielfalt

Heute stehen Themen wie Gleichberechtigung und Vielfalt im Vordergrund. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Menschen in unserer Gesellschaft die gleichen Chancen haben, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Orientierung.

Beispiel: Kampf gegen Extremismus und Hass

Extremismus und Hassreden sind mehr denn je eine Gefahr für unsere Demokratie. Wir müssen uns klar und deutlich gegen diese menschenverachtenden Ideologien stellen. Wir brauchen keine neuen Berufsverbote gegen Mitglieder der AfD, denn einem Lehrer, der Straftaten begeht oder rechtsextreme Hetze verbreitet, kann und muss man mit dem normalen Dienstrecht beikommen. Warum Björn Höcke immer noch verbeamteter Lehrer im hessischen Schuldienst sein kann, ist mir nicht verständlich.

Der morgige 75-jährige Geburtstag des Grundgesetzes ist sicherlich ein Grund zum Feiern, aber auch ein Anlass zum Nachdenken.

Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Demokratie auch in Zukunft stark und lebendig bleibt.